



AUFRUF

Den schwulen Opfern des Nationalsozialismus ein würdiges Gedenken an zentralem Ort

Deutschland hat sich mit der Geschichte der Verfolgung von Schwulen in der Zeit des Dritten Reiches kaum auseinandergesetzt. Es gibt auf der Bundesebene keine Entschädigungsregelung und keine Rehabilitierung für diese Opfergruppe. Berlin hat während der rot-grünen Regierungszeit mit der Erweiterung des Gesetzes für politisch, rassisch und religiös Verfolgte ein Anfang gemacht. In anderen Ländern und beim Bund muß dies nachgeholt werden.

Schwule Opfer tauchen in den Feiertagsreden über die "dunkle Zeit" (wie sie oft verharmlosend genannt wird) nicht auf, die Geschichtsforschung hat sich kaum damit beschäftigt, Orte des Gedenkens fehlen.

Mit einer kleinen rosa Granit-Tafel ("Totgeschlagen. Totgeschwiegen. Den homosexuellen Opfern des Nationalsozialismus.") am Berliner U-Bahnhof Nollendorfplatz ist es nicht getan.

Wir wollen ein zentral gelegenes Ensemble von Mahnmalen für alle Opfergruppen. Ein künstlerischer Wettbewerb für eine würdige Gestaltung sollte schon bald ausgeschrieben werden. Die einzelnen Verfolgergruppen wie Juden, Sinti und Roma, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Euthanasie-Opfer, Jehovas Zeugen müssen jeweils ein eigenes Mahnmal am gemeinsamen Ort erhalten.

Einzelne KZ-Opfergruppen dürfen nicht totgeschwiegen werden. Ein solches Denkmalensemble betont den Zusammenhang. Dem Holocaust wird dabei eine besondere Bedeutung zukommen, falsche Gleichmacherei ist nicht beabsichtigt.

Ein solches Mahnmal-Ensemble an zentralem Ort kann und soll nicht Gedenktafeln und -stätten an Orten, an denen es historisch geboten erscheint, ersetzt. So muß etwa am Nürnberger Platz (Nürnberger-/Geisbergstr.) in Berlin eine Gestaltung gefunden werden, die nicht länger verdrängt, daß von hier aus das Klinkerwerk in Sachsenhausen geleitet wurde, in dem hunderte von Schwulen in einer gezielten Morfaktion 1942 den Tod fanden.

In einem Denkmal für alle Sorten deutscher Traurigkeit, einem "Bundesehrenmal Neue Wache" (Unter den Linden), ist unser Anliegen nicht aufgehoben. Wer "allen Opfern von Kriegen und Gewaltherrschaft" gedenkt, verdrängt die Singularität des in der NS-Zeit Geschehenen. Die geschichtslose Konzeption der Bundesregierung lehnen wir deshalb als völlig unangemessen ab.

Auch ein isoliertes Holocaust-Denkmal unweit des ehemaligen "Führerbunkers" halten wir für falsch. Wir wollen vermeiden, daß einzelne Opfergruppen gegeneinander aufgerechnet und ausgespielt werden. Den unwürdigen Streit darüber, wessen zuerst gedacht wird, der Juden, der Sinti und Roma oder anderer, darf es nicht länger geben.

Es gilt aller Opfergruppen zu gedenken, jedoch nicht in breiiger Verdrängung (wie es in der Neuen Wache geplant ist), sondern entsprechend der jeweiligen Besonderheiten. Der Zusammenhang sollte aber durch den gemeinsamen Ort erlebbar bleiben.

Weil die Diskussion in der Schwulenbewegung zu diesen Fragen bislang kaum stattfand, unternehmen wir den Versuch einer Positionsbestimmung.

Wir bitten die Presse unseren Aufruf abzudrucken oder über ihn zu berichten. Die Leserinnen und Leser, Projekte, Gruppen oder Einzelpersonen bitten wir um Stellungnahmen. Im Rahmen des bundesweiten Schwulentreffens "Homolulu" (3. - 11.10.92 in Berlin) planen wir eine Veranstaltung zu unseren Forderungen.

Stellungnahmen erbitten wir möglichst bald an die

Initiative "Der schwulen NS-Opfer gedenken!"
c/o Hirsch/Schönknecht, Elberfelder Str. 23, W-1000 Berlin 21.
Tel.: 030/392 53 11; Fax: 030-392 43 19.

Volker Beck, Rolf-W. Deckena, Lothar Dönitz, Günter Dworek, Albert Eckert, Carsten Hinz, Roland Hirsch, Joachim Müller, Reinhard Naumann, Christian Puls, Hartmut Schönknecht

Berlin, im August 1992.